

Warum Gleichberechtigung indirekt zu Wohlstand führt

Drei Thesen zum Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Geschlechterdemokratie

von Peter F. Jedlicka

Es gibt einen interessanten Zusammenhang in den **internationalen Statistiken**, die die Vereinten Nationen (UNDP) jährlich über den Entwicklungsgrad aller Länder der Welt erstellt, der in der **Gender-Diskussion** vielleicht noch zu wenig beachtet wurde, nämlich:

Jene Länder, die den **höchsten Lebensstandard** haben (den höchsten "Human Development Index" ¹) sind fast durchwegs auch die Staaten, die die **Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern** am besten umgesetzt haben (die höchsten Werte bei der "Gender Empowerment Measure" ² haben):

Unter den **Toppositionen in beiden Kategorien** finden sich 2007/2008 (wie bereits in den Jahren davor) Island, Norwegen, Australien, Kanada, Schweden, Finnland, die Niederlande, Belgien und Dänemark. Diese Länder sind also weltweit **sowohl die wohlhabendsten** als auch jene mit der **erfolgreichsten Gleichstellungspolitik**.

Grund genug, diesen Zusammenhang auf seine **Kausalität** zu untersuchen: Führt eine gute Wirtschaftslage automatisch zu Gleichberechtigung - oder führt Gleichberechtigung zu Wirtschaftswachstum? Oder gibt es gar keinen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zwischen diesen zwei Statistiken - bestimmt ein anderer Faktor die statistische Ähnlichkeit?

Ich möchte dazu eine **dritte Kategorie** in meine Überlegungen einbeziehen, den Demokratiebegriff, auch deshalb, weil in der jüngsten Gender Diskussion im deutschen Sprachraum dem Begriff **Geschlechterdemokratie** eine immer höhere Bedeutung zukommt.

1. Wirtschaft gedeiht in Demokratien deshalb am besten, weil das Prinzip der Wahlfreiheit sowohl für die Wirtschaft als auch für Demokratien essentiell ist.

Gleich vorweg: es gibt bereits Publikationen, die sowohl eine kausale Relation zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum ("Demokratie führt zu Wirtschaftswachstum") als auch umgekehrt ("Durch Wirtschaftsförderung unterstützt man in armen Ländern die Entwicklung der Demokratie") **nicht bestätigen** (eine gute Zusammenfassung liefert SUNDE 2006). Diese Publikationen untersuchen jedoch meist Entwicklungen in Ländern mit bisher geringem Lebensstandard, um Handlungsempfehlungen für die internationale Politik geben zu können.

Meine Argumentationslinie bezieht sich nicht auf Entwicklungen, sondern auf den **Status Quo** in den Ländern des oben genannten Rankings, in denen die Wirtschaft offensichtlich gut funktioniert, und die offensichtlich Staaten mit sehr gut verankertem Demokratieverständnis sind.

Sowohl für die Wirtschaft, als auch für Demokratien ist der **Begriff Wahlfreiheit** essentiell: **Demokratie** bedeutet ja, dass die Bevölkerung die Wahlfreiheit zwischen mehreren Parteien hat - und im Vorfeld von politischen Wahlen z.B. auch die Wahlfreiheit unter den Medien, in denen sie sich über diese Parteien informieren kann.

Auch für eine lebendige **Wirtschaft** ist die Wahlfreiheit Voraussetzung: Wirtschaft funktioniert vor allem dann, wenn:

- **Unternehmen** die Freiheit haben, ihren Standort zu wählen, ihre Unternehmensform, die jeweils passendsten MitarbeiterInnen, die geeignetsten Zulieferfirmen, die geeignetste Finanzierungsform, etc., ...
- **KonsumentInnen** die Freiheit haben, Produkte aus einer größeren Produktpalette auszuwählen
- **Einzelperson als Arbeitskraft** die Freiheit haben, aus **mehreren Jobangeboten** auszuwählen zu können - oder die Freiheit hat, eine **eigene Geschäftsidee** umzusetzen

Man könnte vermutlich noch andere wirtschaftliche Dimensionen finden, für die die Wahlfreiheit wichtig ist, aber es dürfte doch deutlich geworden sein, welcher engen Zusammenhang (ich stelle hier jedoch keine Ursache-Wirkung-Relation her) der Begriff Wahlfreiheit für die **beiden Systeme Wirtschaft und Demokratie** herstellt.

Meine zweite These baut auf diesem Gedanken auf:

2. Das Ausmaß der Chancengleichheit von Frauen und Männern ist der Prüfstein für die Qualität jeder Demokratie, weil es zeigt, ob das Prinzip der Wahlfreiheit sowohl für die weibliche als auch für die männliche Bevölkerung in einem Land erreicht wurde.

Die **Begriffe Gleichstellung und Emanzipation** haben in der Vergangenheit möglicherweise gerade unter Männern den wesentlichen gewünschten politischen Effekt nicht so gut dargestellt wie der **Begriff Geschlechterdemokratie**:

Es geht auch im Rahmen der Gender Politik - und im Rahmen der **Gender Mainstreaming** Strategien - im Wesentlichen um die konsequente Umsetzung des **demokratischen Prinzips der Wahlfreiheit**: Sie muss für Frauen und für Männer in gleichem Ausmaß in Bezug auf alle gesellschaftlichen Ressourcen gelten: für Arbeit, Einkommen, Bildung, Wohnungen, Sicherheit usw. Und natürlich muss Männern z.B. die Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familienarbeit erleichtert werden, dort wo sie noch nicht möglich ist.

So lange also Frauen nicht die gleiche Wahlfreiheit wie Männer beim Zugang zu diesen gesellschaftlichen Bereichen haben (und auch der Zugang zu beruflich höheren Positionen ist ein solcher "gesellschaftlicher Bereich"), ist das **Ideal der Demokratie nur ungenügend umgesetzt**.

Die Verwendung des Begriffes Geschlechterdemokratie kann speziell in der **Kommunikation mit männlichen Politikern** (die sich nicht selten als glühende Demokraten darstellen, jedoch zur Durchsetzung der demokratischen Wahlfreiheit für Frauen in den vordergründig "nicht politischen" gesellschaftlichen Bereichen wenig beizutragen bereit sind) eingesetzt werden, um die Zusammenhänge zwischen Demokratie und Chancengleichheit in Erinnerung zu rufen.

3. Länder mit höherer Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern sind deshalb wirtschaftlich erfolgreicher, weil sie das Prinzip der Wahlfreiheit auch auf die Akteurinnen und Akteure des Wirtschaftslebens anwenden: als MitarbeiterInnen, KonsumentInnen, UnternehmerInnen und InvestorInnen

Gibt es also einen **kausalen Zusammenhang** zwischen einem hohen Lebensstandard und einer erfolgreichen Gleichstellungspolitik - und welches der zwei ist Ursache, welches Wirkung?

Meine These **verneint zunächst beides**: Weder führt eine gute Wirtschaft automatisch zu einer Politik, die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ermöglicht, noch führt eine erfolgreiche Gender Mainstreaming Strategie automatisch zum wirtschaftlichen Aufstieg eines Landes.

Es geht um die dritte Variable: die **Wahlfreiheit als gesellschaftliches Paradigma**. Dieses kann meines Erachtens als Ursache für die beiden anderen statistischen Größen in einem Staat angesehen werden: den Wohlstand und das Ausmaß der Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

Wenn der Wert der Wahlfreiheit also Teil des **Common Sense** in einem Land geworden ist, bedingt er damit die zwei anderen Themenbereiche, die hier diskutiert wurden:

- die **Wirtschaft** bekommt jene transparenten Rahmenbedingungen, die Basis für ein Wachstum und damit einen hohen Lebensstandard sind und
- die **Geschlechterdemokratie** wird laufend perfektioniert, weil sowohl Frauen als auch Männern die Möglichkeit gegeben wird, am Wirtschaftsleben aktiv teilzunehmen (ihre Ressourcen einzubringen und zu konsumieren).

Führt also Gleichberechtigung zum Wohlstand?

Nicht direkt, aber indirekt: Über EntscheidungsträgerInnen, die die Wichtigkeit der Wahlfreiheit in all ihren Dimensionen verstanden haben.

1) Human Development Index: <http://hdr.undp.org/en/statistics/>

2) Gender Empowerment Measure: <http://hdrstats.undp.org/indicators/279.html>

SUNDE, Uwe: "Wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie: Ist Demokratie ein Wohlstandsmotor oder ein Wohlstandsprodukt?", IZA Discussion Papers No. 2244, 2006 - <http://ftp.iza.org/dp2244.pdf>